

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 24. November 1920

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54.

Internationale Gewerkschaftskonferenz.

London, 24. November. (WZB.) Heute vormittag wurde die Tagung des Internationalen Gewerkschaftsbundes fortgesetzt. Zwölf deutsche Delegierte sahen neben den britischen Vertretern. Sekretär Timmen brachte eine Entschließung ein, in der die Forderung der herrschenden Klassen der Welt, die Organisationsfreiheit der Arbeiter zu unterdrücken, verurteilt werden. Es wird den Arbeitern, die den weißen Terror in Ungarn bekämpft haben, der Dank ausgesprochen und gegen die Fortsetzung des Krieges gegen Russland Einspruch erhoben. In der Entschließung werden internationale Streiks als zweckmäßige Waffe gegen die Reaktion bezeichnet. Timmen bedauerte die Abwesenheit der amerikanischen und russischen Arbeiter. Er erklärte, daß diese ein Telegramm, die an sie gefandt worden sind, unbeantwortet blieben.

Grafmann-Deutschland antwortete, die deutschen Arbeiter seien fest entschlossen, den Bolschewismus, aber natürlich nicht Rußland, zu bekämpfen. Er brachte eine Entschließung gegen die Angriffe der Moskauer auf den Internationalen Gewerkschaftsbund ein. Der Kongress nahm die von Timmen unterbreitete Entschließung mit 21906000 vertretenen Stimmen gegen 2710000 Stimmen an. In der Debatte bezeugten ein Italiener und besonders ein Norweger ihre Sympathie mit der 3. Internationalen. Ein Kanadier dagegen fand den Internationalen Gewerkschaftsbund zu revolutionär.

Amsterdam, 24. November. (WZB.) „Telegraaf“ zufolge warnte Timmen auf dem Kongress vor Teilschwächen; es sei verfehlt, daß zahlreiche Arbeiter die Arbeit wegen einer verhältnismäßig kleinen Lohnsteigerung niederlegten, ohne mit den Gewerkschaften anderer Länder vorher zu beraten.

Der Mord an Kupka.

Bratislava, 23. November. (WZB.) Unter dem bringenden Verdacht der Ermordung Kupka ist ein gewisser Heinrich Kierka aus Scharley, der im Hotel Komah (dem Hauptquartier Korfantow!) beschäftigt ist, von der Abtastungspolizei festgenommen und dem hiesigen Gerichtesgefängnis eingeliefert worden.

Generalfreik in Ratibor.

Ratibor, 24. November. (WZB.) Der Generalfreik hat auch auf sämtliche kleineren Betriebe übergriffen. Arbeitswillige wurden herausgeholt. Die Stadt lag abends im Dunkeln. Die italienische Garnison ist durch Italiener und Franzosen verstärkt worden.

Der unabänderliche Völkerbund.

Genf, 24. November. (WZB.) Die erste Kommission, die sich mit der allgemeinen Organisation des Völkerbundes zu befassen hat, beschloß mit 23 gegen 7 Stimmen, zuerst keinerlei Abänderungsanträge zum Völkerbundesvertrag in die Debatte zu ziehen. Sämtliche kriegführenden Staaten gehören der Mehrheit an, während unter der Minderheit sich die drei nördlichen Staaten befinden, von denen die Abänderungs- und Ergänzungsanträge zum Vertrag ausgehen.

Die montenegrinische Regierung wachte ein Aufnahmefähigkeit an dem Völkerbund, in dem sie darlegt, daß nur infolge der zwangsweisen Annexion durch Serbien das Königreich Montenegro an der sofortigen Aufnahme in die Liga gehindert wurde, und in dem sie auf Grund feierlicher Versprechungen der Mächte den Abzug der serbischen Truppen verlangt.

In der Sitzung der

Abüstungs-Kommission

erklärte Léon Bourgeois, daß vor der Durchführung der Abrüstung die Entwaffnung Deutschlands durchgeführt und folgende vier Voraussetzungen erfüllt sein müßten: 1. Vollständige Ausführung des Friedensvertrags. 2. Organisation einer ständigen obligatorischen Kontrolle über alle Rüstungen. 3. Vorlage eines

Berichts der besonderen militärischen Kommission. 4. Austausch aller, die militärischen Rüstungen betreffenden Ausgaben durch alle Mächte. Herti (Schweiz) erklärte, daß auch die Schweiz, wie alle anderen Nationen, der schweren Rüstungslasten müde und bereit sei, ihre ganze Kraft einzig den wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben zu widmen, sobald die allgemeine Lage es erlaube. Schanzer (Italien) wies darauf hin, daß die Finanzen der am Kriege beteiligten gewesenen Staaten dringend Verabsicherung der militärischen Ausgaben verlangten. Fisher (England) beantragte, die Diskussion vorläufig zu beschränken auf das Verbot der privaten Erzeugung von Waffen, Prüfung einer Uebereinkunft über die Rüstungen und die Frage des Waffenhandels.

Genf, 24. November. (WZB.) Die Rede des holländischen Außenministers Kornebeeck, welcher gemäß Artikel 18 des Völkerbundesvertrags behauptete, daß zur Gültigkeit von Verträgen deren Registrierung beim Völkerbund notwendig sei, erregt in französisch-belgischen Kreisen Bestanden. Offenbar ist Kornebeecks Antrag gegen das französisch-belgische Abkommen gerichtet, dessen militärische Bestimmungen von Holland als bedenklich betrachtet werden. Trotzdem die Frage nicht vor der nächsten Session des Völkerbundes aktuell werden dürfte, scheint es dennoch, daß die Kornebeeck'sche Aktion, welche von zahlreichen neutralen Staaten sympathisch begrüßt wird, praktische Auswirkung haben wird.

Frankreich gegen Konstantin.

Paris, 24. November. (WZB.) In der Kammer verlangen die Abgeordneten de Chappedelaine und Aubriot, interpellieren zu dürfen über die Ereignisse in Griechenland und deren Einwirkung auf die französische Politik. Ministerpräsident Lougeur schlug vor, die Beratung der beiden Interpellationen auf Freitag den 8. Dezember, festzusetzen, und erklärte, Frankreich wolle sich nicht in die inneren Angelegenheiten Griechenlands einmischen, aber wenn von einer Macht ein Herrscher auf den Thron zurückgerufen werde, der Mitschuldiger der französischen Feinde gewesen sei, so müsse man diese Macht benachrichtigen und auf die Folgen ihres Schicksals aufmerksam machen. Der Frieden von Sevres, der noch nicht ratifiziert sei, enthalte Nebenwahrungs- und Kontrollrechte, die den Schwächsten zugunsten zuerkannt werden. Die französische Regierung wolle demgemäß mit der englischen Regierung handeln. Sie prüfe angehend die in Betracht kommenden Probleme. Endgültige Maßnahmen müßten in kürzester Frist nach einer Unterredung mit Lord George festgesetzt werden.

Langues reist nach London. Es soll eine englisch-französische Erklärung veröffentlicht werden.

Die griechische Regierung hat beschlossen, umderrussisch eine Volksabstimmung auf der Grundlage der Wählerlisten am 6. Dezember vorzunehmen. Ministerpräsident Rhalis wird sich in die Hauptstädte der Entente begeben, um unmittelbare Besprechungen anzuknüpfen.

Rhalis bleibt fest.

London, 23. November. (WZB.) Nach Meldungen aus Athen ist dort eine halbamtliche Erklärung veröffentlicht worden, in der es heißt, die Regierung werde, da sich der Wille des Volkes bei den Wahlen deutlich geäußert habe, eine entschiedene Haltung mit Bezug auf die Rückkehr König Konstantins annehmen. Die Regierungen der Westmächte, die den Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechts angenommen hätten, müßten sich nach dem Vertrage von Versailles jeder Einmischung in die inneren Angelegenheiten Griechenlands enthalten.

Friedrich Leopold.

Die Verwaltung des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen verleiht an die Presse eine Zuschrift, in der bestritten wird, daß der Prinz jemals mit dem Bankhaus Gruber u. Co. in Verbindung gestanden habe. Der Prinz habe weder durch diese noch durch eine sonstige Stelle Kapitalien verschoben, er besitze überhaupt keine Kapitalien irgendwelcher Art, sei es direkt, sei es indirekt, im Ausland. Er habe nur Verträge für seinen Lebensunterhalt, und auch diese nur auf dem gesetzlich vorgeschriebenen Weg unter jedesmaliger Benachrichtigung des Besitzverwalters, nach Lugano, wo er sich zur ärztlichen Rat aufhält, überwiesen erhalten. Der Prinz habe auch niemals seine Grundstücke belastet, um Mittel nach der Schweiz oder sonst wohin zu schaffen. Er hat überhaupt keine Belastung seiner Grundstücke vorgenommen, was bei den Fideikommissgrundstücken schon aus gesetzlichen Gründen ausgeschlossen sei.

Diese Zuschrift richtet sich augenscheinlich gegen Ausführungen des Genossen Müller im Reichstag. Dem „Vorwärts“ ist sie nicht zugegangen. Wir können deshalb auch nicht kontrollieren, welche Legitimation die angeführte Verwaltung hat, um eine solche Erklärung abzugeben. nirgend behauptet worden. Tatsache ist, daß Prinz Friedrich Leopold nirgend behauptet worden. Tatsache ist aber, daß Prinz Leopold vor dem Kriege im Ausland kein Besitztum hatte und daß er zurecht

in Lugano eine Villa bewohnt, deren Wert uns aus zuverlässiger und eingeweihter Quelle auf 1/2 Millionen Franken angegeben wird. Es mag weiter formal richtig sein, daß der Prinz nicht seine Grundstücke finanziell belastet hat, aber er wird es nicht beitreten können, daß er seine Fideikommissrente bei der Creditanstalt Bank in Millionenbeträgen verschuldet hat, und daß seiner sehr erhebliche Mengen aus seinen Antiquitäten- und sonstigen Sammlungen durch Vermittlung des Kunsthändlers Doppel in München zum Teil ins Ausland verkauft worden sind. Von ist sogar damit umgegangen, mit Hilfe eines Schweizer Konfessions den Besitz des Prinzen in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln, wahrscheinlich um die Besitztümer dem preussischen Staat zu bewahren. Wenn die prinzipale Verwaltung ferner behauptet, daß das von dem Prinzen benutzte Mobiliar und silbernes Tischgerät ihm mit Genehmigung der zuständigen Behörden überlassen worden sei, so stimmt das nicht ganz. Das Finanzministerium hat ihm eine solche Genehmigung nur auf Frist gewährt. Diese Frist von sechs Monaten ist aber abgelaufen, ohne daß der Prinz Miene machte, die sehr erheblichen Wertbestände zurückzugeben. Angesichts dieser Tatsache berührt es um so komischer, wenn die deutsche nationale Provinzpresse behauptet, dieser Prinz Friedrich Leopold hätte sich seit der Revolution wie ein einzelgängerisches Mitglied der Sozialdemokratie auf. In Wirklichkeit beträgt er sich lediglich wie ein — Hohenzoller!

Preußen Reichsland?

Von R. Reinert-Quarner.

In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 3. November wird von dem Genossen Gustav Radbruch der Vorschlag gemacht, ein „Reichsland Preußen“ zu schaffen. Der Genosse Radbruch hat sich davon überzeugt, daß die Auflösung Preußens kein Weg ist, um Deutschland in einen Einheitsstaat zu verwandeln. Aber er ist mit den preussischen Genossen nicht einig über den Weg, der nun gegangen werden muß, um den Einheitsstaat zu erreichen. Er meint, daß, wenn Preußen erst mit allen anderen Staaten zusammen im Reich aufgehen will, die Stunde des Einheitsstaates niemals kommen würde. Preußen müsse als erstes unter den Ländern vorangehen, Preußen muß das Beispiel geben! Warum Preußen das Beispiel geben muß, hat er allerdings nicht näher erörtert.

Den Uebergang Preußens in das Reich denkt er sich so, daß die Reichsregierung zugleich preussische Regierung sein würde, daß neben dem Reichstag noch ein „kleiner Reichstag“, der durch alle preussischen Reichstagsabgeordneten vertreten wird, bestehen soll. Von diesem Reichsland Preußen verspricht er sich eine Anziehungskraft auf die anderen Länder, die dann allmählich sich diese Segnungen der Regierung durch das Reich sichern würden.

Meiner Ansicht nach ist diese Idee nicht zu verwirklichen. Man überfiehet bei diesem Vorschlag, daß Preußen in dem Augenblick auf einander fallen würde, in dem es von der Reichsregierung regiert und dem Einfluß anderer Bundesstaaten, die im Reichsrat vertreten sind, unterworfen wird. Man soll sich doch keiner Täuschung darüber hingeben, daß die ganzen Bestrebungen auf Umänderung des preussischen Staates Machtbestrebungen sind, die einmal darauf hinauslaufen, dieselben Rechte zu genießen wie die anderen Bundesstaaten und den Preußen nicht voll zustehenden Einfluß im Reichsrat zu erlangen. Die Bestrebungen im Rheinland und die in Oberschlesien jetzt verwirklichte Autonomie haben doch keinen anderen Zweck, als den katholischen Teil der deutschen Bevölkerung im Reichsrat zu einer erhöhten Bedeutung zu bringen. Jetzt wird im Reichsrat Preußen einseitlich vertreten. Dabei kommen die besonderen Bestrebungen der in den einzelnen Provinzen zutage tretenden Sonderströmungen nicht voll zur Geltung. Das soll erst durch die Provinz-Autonomie für Preußen geschaffen werden. Und nun glaube man doch nicht, daß diese Bestrebungen beseitigt würden in dem Augenblick, wo Preußen keine besondere Regierung mehr hat!

Die Reichsfinanzgesetzgebung ist darauf zugeschnitten, den Ländern bestimmte Verbindungen zu machen. Wie soll in Preußen durch Ausführungsgesetze, die das Reich machen würde, die Verteilung vor sich gehen? Schon diese finanziellen Hindernisse, die man nicht mit einigen Worten abtun kann, sind so turmhoch, daß es ganz ausgeschlossen erscheint, daß Preußen der Reichsregierung als ein von ihr regiertes Land unterstellt werden könnte. Im Gegenteil. Man wird mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln und insbesondere mit dem aus Artikel 18 der Reichsverfassung fließenden Rechte der Selbstbestimmung diesen Uebergang Preußens als Verwaltungsdomäne des Reiches zu verhindern und letzten Endes erreichen, daß eben eine ganze Reihe neuer Bundesstaaten geschaffen wird.

Das halte ich für ein Unalück. Die zentrale Verwaltung großer Gebiete mit der weitestgehenden Förderung von Kunst und Wissenschaft, von Industrie, Handel und Landwirtschaft, der Schaffung wissenschaftlicher Institute, die sich ein kleines Land nicht leisten kann, ist eine unbedingte Notwendigkeit. Das kann das Reich als Einheitsstaat vielleicht noch viel besser als der große, Staat Preußen schaffen. Aber das können die kleinen Staaten nicht aufbringen. Warum greift man aber diese ganze Frage nicht an einem anderen Ende an? In Thüringen ist der Staat Thüringen geschaffen, aber die übrigen kleinen Staaten bestehen noch munter fort, ohne daß auch nur eine einzige Stimme im Reich ertönte, um diese entsetzliche Kleinstaaterei zu beseitigen. Hier muß angefangen werden. Es muß angezeit werden, daß der Rufammenschluß zum Großen den Vorteil des ganzen Volkes fördert.

Wie so oft in der Geschichte ist auch die Schaffung des Einheitsstaates nach der Revolution verpaßt worden. Durch die Idee des Reichslandes erhält der Einheitsstaat keinerlei Förderung, und ganz besonders nicht dadurch, daß man den preussischen Reichstagsabgeordneten gestatten will, die preussischen Angelegenheiten zu erledigen. Es würde sich bald herausstellen, daß die provinziellen und sonstigen Interessen, die die Länder wahrzunehmen haben, in Preußen nicht wahrzunehmen sind, weil es keinerlei Widerstand gegen irgendeine Anordnung des Reiches, die nach Ansicht der preussischen Abgeordneten für die von ihnen vertretene Bevölkerung schädlich sein würde, geben würde. Recht haben doch die Länder mit eigener Regierung noch die Möglichkeit, durch eigene Gesetzgebung und

